

Änderungsantrag zum Bundestagswahlprogramm: „Grünes Profil als Friedenspartei stärken“

Sie sind eingebracht und werden bei der Bundesdelegiertenkonferenz am 26.01.2025 auf der Tagesordnung stehen.

Kap. 3: Frieden in Freiheit sichern

Der Änderungsantrag ist aus formalen Gründen (weil die Teile sich auf verschiedene Positionen des Leitantrages des Bundesvorstandes beziehen) in fünf Teilanträge aufgeteilt.

Antragstext Bundesvorstand	Änderungsantrag	Begründung
Beitritt Atomwaffenverbotsvertrag und keine neuen Mittelstreckenraketen in Deutschland		
Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist durch den aggressiven Imperialismus Russlands in weite Ferne gerückt. Dennoch bleibt es richtig. Wir werden den Vertrag zur Nichtverbreitung von Kernwaffen stärken, den Atomwaffenverbotsvertrag weiterhin konstruktiv begleiten.	<p><u>Text BuVo streichen und ersetzen durch:</u> Die Ächtung und Abschaffung aller Atomwaffen ist und bleibt unser Ziel. Da insbesondere Russland dazu derzeit nicht bereit ist, sondern im Rahmen des Ukraineangriffes sogar mit einem Atomwaffeneinsatz droht, ist ein einseitiger Atomwaffenverzicht der NATO derzeit leider nicht möglich. Wir lehnen jedoch die Aufstellung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Deutschland ab, da sie Atombomben weit ins russische Hinterland tragen können. Sowohl die USA als auch Russland haben ihre Atomwaffenbestände in den letzten 20 Jahren aufgerüstet, sodass ein „Gleichgewicht des Schreckens“ besteht. Für die Länder der NATO ist der Verzicht auf die Stationierung weiterer Raketen in Deutschland keine Einbuße an Sicherheit, weil schon die bestehenden Bestände ausreichen, die gesamte Welt mehrfach zu vernichten.</p> <p>Wir wollen, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) beitrifft und verbindlich auf jede Form einer „nuklearen Teilhabe“ an derzeit noch in Deutschland stationierten US-Atombomben verzichtet. Deutsche Flugzeuge oder Raketen dürfen niemals für Atombombenflüge eingesetzt werden!</p>	<p>Unsere Wähler*innen haben einen berechtigten Anspruch zu wissen, wie unsere Partei zur geplanten Stationierung der Mittelstreckenraketen steht.</p> <p>Außerdem ist die Formulierung des BuVo zum Atomwaffenverbotsvertrag irreführend: Die GRÜNEN haben den von der UN-beschlossenen AVV bisher nicht „konstruktiv begleitet“, sondern die Bundesregierung ist dem AVV in den letzten Jahren in Gegensatz zu fast 100 Staaten nicht beigetreten. Ursache ist, dass Deutschland dann das Lagern von Atombomben auf seinem Staatsgebiet verbieten müsste und das Recht aufgeben würde, mit Genehmigung der westlichen Atomkräfte selber Atomwaffen einzusetzen.</p>
Maximal 2 % des BIP für die Bundeswehr		
Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen und dem damit verbundenen notwendigen	<u>Text BuVo streichen und ersetzen durch:</u>	2 % des BIP sind 84 Milliarden Euro pro Jahr; zurzeit umfasst der Bundeswehretat 52

<p>Ausbau unserer Fähigkeiten. Dafür braucht es verlässliche Finanzierung mit einem Verteidigungsetat, der dauerhaft die in der NATO vereinbarten und auch national definierten Ziele und Bedarfe erfüllt und dafür dauerhaft deutlich mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit investiert. Dies wird nicht allein aus laufenden Einnahmen finanzierbar sein, sondern wird mittelfristig auch über eine höhere Kreditaufnahme finanziert werden müssen.</p>	<p>Wir wollen, dass Deutschland wieder verteidigungsfähig wird und stehen daher zur NATO-Vereinbarung, 2 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für die Verteidigung auszugeben. Die 2 % sind aber für uns die Obergrenze und auch nur so lange gerechtfertigt, wie die militärische Aggression Russlands in Europa andauert. Die Ausgaben für die Ukraine dürfen nicht zu Lasten der Sozial-, Bildungs- Klimaschutz- oder anderer zukunftssichernder Maßnahmen gehen. Wenn eine genügende Unterstützung der Ukraine im Rahmen des 2%-BIP-Beschlusses nicht möglich ist, sind zusätzlich benötigte Mittel über erhöhte Kreditaufnahmen zu beschaffen.</p>	<p>Milliarden pro Jahr. Die Formulierung des BuVo „dauerhaft deutlich mehr als 2%“ öffnet der Ausdehnung des Militärhaushaltes Tür und Tor. Deutschland hat schon heute den siebtgrößten Militäretat der Welt (Quelle: www.statistica.com) und die NATO ist Russland schon heute militärisch überlegen (Quelle: www.greenpeace.de/publikationen/Kraeftevergleich_NATO-Russland).</p>
---	---	--

Ukraine-Politik; Kein NATO-Beitritt und keine Marschflugkörper

<p>Die Ukraine muss in der Lage sein, sich zu verteidigen und eine starke Position für einen möglichen Friedensprozess sicherzustellen.</p>	<p><u>Hinter dem BuVo-Satz Zeile 897 zusätzlich:</u> Dabei wird jedoch die Lieferung von Marschflugkörpern großer Reichweite an die Ukraine abgelehnt.</p>	<p>Unsere Wähler*innen haben einen berechtigten Anspruch zu wissen, wie unsere Partei Forderung der Ukraine nach Taurus-Marschflugkörpern steht. Wenn keine Bundeswehrsoldaten in die Ukraine entsandt werden (wodurch Deutschland Kriegspartei würde), würde die Ukraine nach der Schulung ihrer Soldaten die Möglichkeit haben, von Deutschland unkontrolliert uns abgelehnte Ziele tief in Russland anzugreifen und der Konflikt könnte völlig außer Kontrolle geraten.</p>
---	--	--

<p>Zudem bekräftigen wir das Recht auf freie Bündniswahl und unterstützen die Ukraine auf ihrem Weg zur Mitgliedschaft in der EU und NATO.</p>	<p><u>Text BuVo streichen und ersetzen durch:</u> Zudem unterstützen wir die Ukraine auf dem Weg in die EU. Einen Beitritt zur NATO lehnen wir ab. Im hoffentlich bald anstehenden Waffenstillstands- und Friedensprozess soll die Ukraine belastbare internationale Sicherheitsgarantien ggf. unter Einbeziehung der NATO erhalten. Ihre Sicherheitsinteressen sollen durch eine internationale, mit einem „robusten“ Mandat ausgestattete und entsprechend ausgerüstete Friedenstruppe der UNO gewährleistet werden.</p>	<p>Der von der Ukraine geforderte NATO-Beitritt wäre im anstehenden Friedensprozess ein völlig falsches Signal und der Textvorschlag des BuVo würde falsche Erwartungen unterstützen.</p>
--	--	---

Israel/Palästina; Kriegsverbrechen auf beiden Seiten benennen und Kritik an Westjordanpolitik Israels

<p>Unsere Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere Geschichte und die Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem Holocaust auf sich geladen hat. Das Existenzrecht Israels ist für uns unverhandelbar. Wir stehen ein für die Sicherheit von Jüdinnen und Juden und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen. Dauerhafte Sicherheit für Israelis und Palästinenser*innen ist nur durch einen politischen Prozess und eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung auf Basis der Grenzen von 1967 möglich. Dafür setzen wir uns ein. Aus unserer Geschichte ergibt sich auch die Verantwortung, für das humanitäre Völkerrecht einzutreten, um menschliches Leid zu verhindern und Warnsignale ernst zu nehmen. Deswegen haben wir uns so intensiv dafür eingesetzt, dass die von der Hamas festgehaltenen Geiseln befreit werden, die Zivilbevölkerung geschützt wird, die humanitäre Hilfe die Menschen erreicht und es zu einem Waffenstillstand kommt. Das Leid in Gaza ist unerträglich. Jedes Menschenleben ist gleich viel wert. Menschlichkeit ist unteilbar.</p>	<p><u>Text BuVo streichen und ersetzen durch:</u></p> <p>Deutschlands geschichtliche Verantwortung verpflichtet uns, die Existenz Israels zu verteidigen. Der Staat Israel hat selbstverständlich das Recht, sich gegen Angreifer wie Hamas und die Hisbollah und Staaten aus der Region militärisch zur Wehr zu setzen, die den Staat vernichten wollen. Wir verurteilen das Attentat der Hamas von 10/2023 aufs Schärfste und fordern, dass die Hamas alle Geißeln sofort freilässt. Es ist außerdem ein Kriegsverbrechen, das die Hamas und die Hisbollah ihre Angriffe auch versteckt von Schulen, Krankenhäusern und anderen zivilen Einrichtungen aus durchführt und damit die Zivilbevölkerung als Schutzschild missbrauchen. In Deutschland dürfen propalästinensischen Gruppierungen Terroranschläge gegen die Zivilbevölkerung in Israel nicht länger in Schriften und auf Demonstrationen feiern.</p> <p>Unsere Solidarität mit Israel endet aber, wenn Israel selbst Kriegsverbrechen gegen die Bevölkerung des Gazastreifens und im Libanon begeht, indem es massenhaft zivile Ziele, unter anderen Schulen und Krankenhäuser bombardiert und damit für den Tod vieler tausender Zivilistinnen und Zivilisten, darunter zahlreicher Kinder, sowie die Binnenvertreibung von über 80 % der Bevölkerung verantwortlich ist. Die großflächige Zerstörung des Gazastreifens sowie das Leid der Zivilbevölkerung müssen dringend beendet, und eine ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln, Unterkünften und Medizin gewährleistet werden.</p> <p>Die völkerrechtswidrige Enteignung und Beschlagnahme palästinensischen Grundeigentums in den besetzten Gebieten muss rückgängig gemacht werden, die Übergriffe jüdischer Siedler*innen gegen nichtjüdische Einwohner*innen dürfen nicht länger von der Regierung geduldet werden, sondern müssen sofort eingestellt und angemessen geahndet werden.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, dass aus Deutschland keine Waffen mehr nach Israel exportiert werden, bis der Staat seine Politik in obigen Punkten ändert. Finanziert werden sollen ausschließlich</p>	<p>Der Vorschlag des BoVo ist zu allgemein. Unsere Wähler*innen erwarten eine klare Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten.</p>
---	--	--

	humanitäre Projekte und Projekte ziviler Organisationen, die sich für die Verständigung zwischen Israel und den Palästinensern engagieren.	
--	--	--